



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 152. Ratssitzung vom 3. September 2025

5019. 2025/302

Erlass der Trägerstrategie für die Stiftung PWG zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen der Stadt Zürich 2025–2030

Ausstand: Reto Brüesch (SVP), Markus Merki (GLP)

Antrag der GL

Die Trägerstrategie für die Stiftung PWG zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen der Stadt Zürich für die Jahre 2025–2030 (Beilage) wird erlassen.

Referat zur Vorstellung des Antrags / Kommissionsmehrheit:

Selina Frey (GLP): *Im Frühling 2023 gab die Geschäftsleitung (GL) des Gemeinderats der Sachkommission Finanzdepartement (SK FD) den Auftrag, eine Trägerstrategie für die Stiftung PWG zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen der Stadt Zürich (PWG) zu erarbeiten. Mit diesem Auftrag betraten wir Neuland, denn normalerweise erhalten wir eine Weisung vorgelegt, um diese zu prüfen. Die PWG wurde im Jahr 1990 auf Grundlage einer Volksinitiative gegründet. Sie ist eine gemeinnützige, öffentlich-rechtliche Stiftung mit einer eigenen Rechtspersönlichkeit und im Besitz der Stadt. Ihr Zweck ist es, bestehenden und allenfalls neu zu erstellenden Wohnraum preisgünstig für Private und Kleingewerbetreibende zur Verfügung zu stellen. Im Unterschied zu anderen städtischen Wohnbaustiftungen ist die PWG nicht dem Stadtrat, sondern direkt dem Gemeinderat unterstellt. Zurückzuführen ist dies auf die Volksabstimmung, in der dies explizit gefordert wurde. Der Gemeinderat beziehungsweise die GL und SK FD müssen deshalb eine spezielle Verantwortung übernehmen. Die PWG verwaltet heute über 200 Liegenschaften. Wie sind wir vorgegangen? Im Jahr 2023 erhielten wir eine Beispielträgerstrategie von der Verwaltung, die wir intensiv diskutierten und zu der wir eine Grundlagenfassung erstellten. Die PWG konnte dazu Stellung nehmen, wurde in die Kommission eingeladen und konnte ihre Positionen zu verschiedenen Themenbereichen präsentieren. Im Nachgang konnten die Fraktionen Änderungsanträge einreichen. Am 11. Juli 2024 wurde final beraten und abgestimmt. Auch diese Version wurde der PWG und schliesslich der GL vorgelegt. Mit der Trägerstrategie schaffen wir ein Instrument, das ergänzend zu den Statuten die strategischen Interessen und Ziele des Gemeinderats festhält. So ist transparent formuliert, was unsere gemeinsame Erwartung an die Ausrichtung der PWG ist. Es geht nicht um operative Details, sondern*



eine langfristige Ausrichtung. Es ist wichtig, die Aufsicht klarer zu regeln, denn schlussendlich werden wir darauf behaftet, weil sie in unserer Verantwortung liegt. Deshalb ist die Trägerstrategie sinnvoll und eine Mehrheit der Kommission unterstützt sie.

Kommissionsminderheit:

Samuel Balsiger (SVP): *Die PWG verfügt bereits über eine Trägerstrategie. Es braucht keine Trägerstrategie der Trägerstrategie. Die PWG arbeitet im Grossen und Ganzen gut, wird jedoch langsam zu gross. Wir müssen dafür sorgen, dass sie nicht noch stärker wächst – statt eine Strategie zu entwickeln, wie sie genau dies tun kann. Sie sprechen davon, dass die Mieten steigen und Menschen verdrängt werden, doch dann entwickeln Sie ein neues Papier und die FDP wirft eine seltsame Idee in den Raum. Lösungen wären stattdessen: massvolle Einwanderung, weniger Staat, mehr Freiheit, weniger Bauvorschriften, abgebaute Bürokratie. Stattdessen verhindert der Staat Bautätigkeiten durch Private systematisch. Sie sprechen von Immobilienhaien, die die Mieten nach oben treiben, doch deren Wohnungen sind alle vermietet, bloss nicht an Schweizer. Eine Schweizer Hochschule hat wissenschaftlich bewiesen, dass die Einwanderer die Schweizer aus der Stadt vertreiben. Wenn 1,7 Millionen Zuwanderer innerhalb von gut 20 Jahren dauerhaft in die Schweiz einwandern, hat dies Auswirkungen. Die Kampagne der SVP zur Begrenzung der Einwanderung trug den Slogan «Es wird eng». Alle dementierten dies. Doch wir haben immer und überall recht bekommen, auch bezüglich der Einwanderung. Wer aus der Stadt Zürich zieht, wird wieder ein normaler Bürger: Der will ein Auto, eine schöne Wohnung, seine Ruhe. So, wie es in der Schweiz über Jahrzehnte funktioniert hat und wir es auch gerne in Zürich hätten. Sie verfassen Strategiepapier um Strategiepapier, sagen jedoch nicht, worum es tatsächlich geht. Kommen wir zur Vernunft, begrenzen wir auf Bundesebene die Zuwanderung und bleiben weltoffen.*

Grundsatzdebatte:

Michael Schmid (FDP): *Unser Projekt unter dem Arbeitstitel «Eurogate 2030» wurde mehrfach kritisiert. Es heisst, wir wollten die Aussicht über den Gleisfeldern zerstören, doch eigentlich könnte diese erst dank unseres Projekts von neuen Wohn- und Grünräume aus genossen werden. Samuel Balsiger (SVP) meinte, die PWG verfüge bereits über eine Trägerstrategie. Für den Stiftungsrat der PWG sind jedoch die vom Gemeinderat erlassenen und jederzeit durch diesen revidierbaren Statuten massgeblich. Die primären Adressaten der Trägerstrategie sind wir selbst. Wir halten darin das Ziel der Trägerin Stadt Zürich für die Stiftung PWG fest. Diese Diskussion zu führen, ergibt Sinn, auch wenn einige Anträge die richtige Flughöhe verpassen. Nur infrage zu stellen, ob das Ganze überflüssig ist, führt an der Sache vorbei. Es geht darum zu definieren, woran sich der Gemeinderat in Zukunft messen soll. Die Debatte dazu soll geführt werden.*



3 / 30

Antrag 1

Kommissionsminderheiten/-mehrheit:

Samuel Balsiger (SVP): *Es ist keine weitere Strategie notwendig, wenn die PWG bereits eine Strategie hat.*

Selina Frey (GLP): *Wir fordern, dass zusätzlich zum bisherigen Text die Umsetzung der vorliegenden Trägerstrategie beim Stiftungsrat festgehalten wird. Als die PWG die Kommissionssitzung besuchte, spürten wir sehr grosse Vorbehalte gegenüber dieser Trägerstrategie. Wir schätzen die Arbeit der aktuellen Gremien der PWG mehrheitlich sehr. Es handelt sich hierbei um kein Misstrauensvotum, sondern eine Governance-Frage.*

Simon Diggelmann (SP): *Ich vertrete die Mehrheit zur Ablehnung der beiden Minderheitsanträge. Samuel Balsiger (SVP) kennt offensichtlich den eigenen Antrag nicht mehr und hat ihn nicht begründet. Im Sinn der Ausführungen von Michael Schmid (FDP) ist die Trägerstrategie eine Zusammenfassung der Ausrichtung des Gemeinderats als Aufsicht über die PWG mit den strategischen Interessen, Absichten und Zielen. Die Trägerstrategie bringt dies auf den Punkt. Wie das Controlling und Reporting ausgestaltet wird, folgt weiter hinten. Die beiden Änderungsanträge sind nicht nötig.*

Änderungsantrag 1 «Zweck»

Die Mehrheit der SK FD beantragt Ablehnung der nachfolgenden Änderungsanträge.

Die Minderheit 1 der SK FD beantragt folgende Änderung, Kapitel «Zweck»:

[...]

Der Stiftungsrat ist für die strategische Ausrichtung der Stiftung verantwortlich und legt dem Gemeinderat Rechenschaft ab.

Die Minderheit 2 der SK FD beantragt folgende Änderung, Kapitel «Zweck»:

[...]

Der Stiftungsrat ist für die strategische Ausrichtung der Stiftung und die Umsetzung der vorliegenden Trägerstrategie verantwortlich.

Mehrheit:	Referat: Simon Diggelmann (SP); Hans Dellenbach (FDP), Vizepräsidium; Ivo Bieri (SP), Martin Busekros (Grüne), Anjushka Früh (SP), Yves Henz (Grüne) i. V. von Luca Maggi (Grüne), Leah Heuri (SP) i. V. von Judith Boppart (SP), Thomas Hofstetter (FDP) i. V. von Anthony Goldstein (FDP), Christian Traber (Die Mitte)
Minderheit 1:	Patrik Maillard (AL)
Minderheit 2:	Referat: Selina Frey (GLP); Serap Kahriman (GLP), Präsidium
Abwesend:	Referat Minderheit 1: Samuel Balsiger (SVP)



4 / 30

Abstimmung gemäss Art. 209 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Mehrheit	76 Stimmen
Antrag Minderheit 1	19 Stimmen
Antrag Minderheit 2	<u>12 Stimmen</u>
Total	107 Stimmen
= absolutes Mehr	54 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt.

Antrag 2

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Dr. Emanuel Tschannen (FDP): Die Minderheit beantragt die Streichung des Begriffs «nachhaltig» in lit. a, weil der Begriff unbestimmt ist und in der Trägerstrategie keinen Mehrwert schafft. Wenn das Nachhaltigkeitsmodell verbrieft werden soll, wären die Statuten der PWG der richtige Ort dafür.

Selina Frey (GLP): Die Mehrheit lehnt den Änderungsantrag zur Streichung des Wortes «nachhaltig» ab. Dies ergibt auch deshalb Sinn, weil es in der neuen Strategie 2024 der PWG ebenfalls zu lesen ist. Das geht Hand in Hand und ist gut akzeptiert.

Änderungsantrag 2

«Strategische Schwerpunkte und Ziele»

Die Mehrheit der SK FD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK FD beantragt folgende Änderung, Kapitel «Strategische Schwerpunkte und Ziele»:

- a. preisgünstigen Wohn- und Gewerberäume bereitstellen und vermieten sowie ihr Portfolio mittels Akquisitionen ~~nachhaltig~~ ausbauen und Chancen wahrnehmen, diesen Ausbau auch in Zusammenarbeit mit Privatpersonen und öffentlichen Organisationen zu realisieren.

[...]



5 / 30

Mehrheit: Referat: Selina Frey (GLP); Serap Kahrman (GLP), Präsidium; Ivo Bieri (SP), Martin Busekros (Grüne), Simon Diggelmann (SP), Anjushka Früh (SP), Yves Henz (Grüne) i. V. von Luca Maggi (Grüne), Leah Heuri (SP) i. V. von Judith Boppart (SP), Patrik Maillard (AL)

Minderheit: Referat: Hans Dellenbach (FDP), Vizepräsidium; Thomas Hofstetter (FDP) i. V. von Anthony Goldstein (FDP), Christian Traber (Die Mitte)

Abwesend: Samuel Balsiger (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 68 gegen 40 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 3

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Moritz Bögli (AL): *Die soziale Durchmischung in Zürich verändert sich. Menschen werden aufgrund der steigenden Wohnungspreise aus unserer Stadt verdrängt. Es reicht deshalb nicht, bloss die soziale Durchmischung sicherzustellen. Wir möchten der PWG den Auftrag geben, entgegenzuwirken. Die Konsequenz davon ist, keine Kündigungen auszusprechen, wenn bauliche Sanierungen vorgenommen werden. Bei der Stadt wird dies so gehandhabt und eine städtische Stiftung sollte davon nicht abweichen.*

Selina Frey (GLP): *Die Mehrheit der Kommission lehnt den Änderungsantrag ab, weil wir keinen Bedarf dafür sehen. Die Kriterien sind im Vermietungsreglement aus dem Jahr 2022 festgehalten. Darin steht spezifisch, dass beim Kauf einer Liegenschaft die Mietenden so weit wie möglich in den bisherigen Räumlichkeiten verbleiben müssen. Dies schliesst nicht jeden Fall mit ein, diesen Unterschied sehe ich. Aber die PWG muss Handlungsspielraum haben. Sollte der Fall eintreffen, dass jemand eine Alternative finden muss, wird er begleitet und mit Ersatzangeboten unterstützt. Wir finden es gerechtfertigt, diesen nicht ganz sakrosankten Formulierungsweg zu wählen.*

Weitere Wortmeldungen:

Samuel Balsiger (SVP): *Bei der Stadt Zürich haben Sie nur keine Kündigungen, weil befristete Mietverträge ausgestellt werden. Ein befristeter Mietvertrag ist genauso belastend, wie durch die masslose Zuwanderung aus der Wohnung geschmissen zu werden.*

Moritz Bögli (AL): *Weder die Stadt noch die PWG stellen befristete Mietverträge aus.*

Änderungsantrag 3

«Strategische Schwerpunkte und Ziele»

Die Mehrheit der SK FD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.



6 / 30

Die Minderheit der SK FD beantragt folgende Änderung, Kapitel «Strategische Schwerpunkte und Ziele»:

[...]

- c. mit ihrer Vermietungspraxis (mittelfristig) die soziale Durchmischung sicherstellender Verdrängung entgegenwirken und bei baulichen Massnahmen keine Kündigungen aussprechen.

[...]

Mehrheit:	Referat: Selina Frey (GLP); Serap Kahriman (GLP), Präsidium; Hans Dellenbach (FDP), Vizepräsidium; Ivo Bieri (SP), Simon Diggelmann (SP), Anjushka Früh (SP), Leah Heuri (SP) i. V. von Judith Boppart (SP), Thomas Hofstetter (FDP) i. V. von Anthony Goldstein (FDP), Christian Traber (Die Mitte)
Minderheit:	Referat: Patrik Maillard (AL); Martin Busekros (Grüne), Yves Henz (Grüne) i. V. von Luca Maggi (Grüne)
Abwesend:	Samuel Balsiger (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 73 gegen 23 Stimmen (bei 13 Enthaltungen) zu.

Antrag 4

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Moritz Bögli (AL): *In der Stadt Zürich herrscht ein grosser Mangel an Alterswohnungen; der Mangel an bezahlbaren Alterswohnungen ist noch viel grösser. Deshalb würden wir gerne in der Trägerstrategie verankern, dass die PWG sich für solche einsetzt.*

Selina Frey (GLP): *Die Mehrheit der Kommission lehnt den Änderungsantrag ab. Die Stadt Zürich verfügt bewusst über verschiedene spezialisierte Stiftungen mit unterschiedlichen Fokussen. Es gibt die Stiftung Alterswohnen (SAW), welche explizit zum Zweck hat, Alterswohnungen zur Verfügung zu stellen. Wir finden Alterswohnungen wichtig und unterstützenswert, aber die Stiftungen sollen sich auf die Gebiete konzentrieren, in denen sie über Know-how verfügen. Auch aufgrund der Grösse braucht es eine gewisse Spezialisierung. Wir finden diesen Änderungsantrag nicht richtig platziert.*

Änderungsantrag 4
«Strategische Schwerpunkte und Ziele»

Die Mehrheit der SK FD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK FD beantragt folgende Änderung, Kapitel «Strategische Schwerpunkte und Ziele»:



7 / 30

[...]

- d. ihre Tätigkeit an den übergeordneten städtischen Strategien und Zielen ausrichten und diese aktiv verfolgen. Neben den wohnbaupolitischen Vorgaben sind damit insbesondere auch die ökologischen Ziele gemeinteinen angemessenen Beitrag an die Altersstrategie 2035 leisten und geeignete Alterswohnungen zur Verfügung stellen.

Mehrheit: Referat: Selina Frey (GLP); Serap Kahriman (GLP), Präsidium; Hans Dellenbach (FDP), Vizepräsidium; Ivo Bieri (SP), Simon Diggelmann (SP), Anjushka Früh (SP), Leah Heuri (SP) i. V. von Judith Boppart (SP), Thomas Hofstetter (FDP) i. V. von Anthony Goldstein (FDP), Christian Traber (Die Mitte)

Minderheit: Referat: Patrik Maillard (AL); Martin Busekros (Grüne), Yves Henz (Grüne) i. V. von Luca Maggi (Grüne)

Abwesend: Samuel Balsiger (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 74 gegen 36 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 5

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Moritz Bögli (AL): Bei diesem Antrag geht es um ein Grundsatzproblem der PWG. Da sie in den letzten Jahren viele neue Immobilien akquiriert hat, sind ihre Kostenmieten in vielerlei Hinsicht nicht sehr günstig. Wir möchten deshalb festhalten, dass bei Neuvermietungen ein Mindestanteil der Wohnungen an Menschen aus dem Quartier vergeben wird, die in bescheidenen finanziellen Verhältnissen leben. Es geht darum, diese nicht aus ihrem Quartier zu verdrängen, wenn ihnen anderswo gekündigt wurde. Damit wollen wir sicherstellen, dass nicht nur der Mittelstand zu Wohnungen bei der PWG kommt.

Selina Frey (GLP): Die Mehrheit der Kommission lehnt den Änderungsantrag ab. Die PWG ist gemeinnützig orientiert. Sie investiert ihren Gewinn in Liegenschaftskäufe, die wiederum zu mehr preisgünstigem Wohnraum beitragen. Es gibt keinen Bedarf, zusätzliche Mietzinssubventionen einzuführen. Die Stadt Zürich bietet subventionierte Wohnungen an. Das entsprechende Gefäss besteht bereits. Auch wenn wir die Forderung politisch legitim finden, ist die Trägerstrategie nicht der richtige Ort, um dies festzuschreiben. Die Forderungen sind zudem bereits im Vermietungsreglement festgehalten.

Weitere Wortmeldung:

Moritz Bögli (AL): Der Bestand an subventionierten Wohnungen war in den 60er-Jahren viermal so hoch. Es gibt immer weniger Wohnungen für die Schwächsten der Gesellschaft. Die PWG sollte einen Beitrag leisten, damit dieser Anteil nicht kleiner wird.



Änderungsantrag 5
«Strategische Schwerpunkte und Ziele»

Die Mehrheit der SK FD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK FD beantragt folgende neue lit. e von Kapitel «Strategische Schwerpunkte und Ziele»:

- e. bei Neuvermietungen einen Mindestanteil von 10 Prozent an Wohnungen anstreben, die gezielt
- = an Quartierbewohnende in bescheidenen finanziellen Verhältnissen, die von einem Wohnungsverlust betroffen und im Quartier verankert sind und
 - = an soziale Härtefälle, die eine stabile Wohnsituation brauchen vermietet werden.
- Die Stiftung PWG kann mit spezialisierten Organisationen zusammenarbeiten.

Mehrheit:	Referat: Selina Frey (GLP); Serap Kahrman (GLP), Präsidium; Hans Dellenbach (FDP), Vizepräsidium; Ivo Bieri (SP), Simon Diggelmann (SP), Anjushka Früh (SP), Leah Heuri (SP) i. V. von Judith Boppert (SP), Thomas Hofstetter (FDP) i. V. von Anthony Goldstein (FDP), Christian Traber (Die Mitte)
Minderheit:	Referat: Patrik Maillard (AL); Martin Busekros (Grüne), Yves Henz (Grüne) i. V. von Luca Maggi (Grüne)
Abwesend:	Samuel Balsiger (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 88 gegen 23 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 6

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Dr. Emanuel Tschannen (FDP): Wir verstehen die Stossrichtung, erachten es jedoch als operatives Mikromanagement, das nicht in die Trägerstrategie passt. Wir schlagen vor, die Ziele zu integrieren, indem auf den «Standard Nachhaltigkeit» verwiesen wird.

Selina Frey (GLP): Die Mehrheit der Kommission lehnt diesen Änderungsantrag ab. Es war der Kommission ein Anliegen, die ökologischen Belange stärker zu gewichten. Dies hat sich in den Strategien und im Leitbild 2024 zusammen mit der Trägerstrategie und der PWG entwickelt. Der entscheidende Unterschied ist, dass wir uns quantifizierbare Ziele wünschen. Wir wollen nicht überbürokratisieren, weshalb wir nicht auf den Kanton oder andere Leitbilder verweisen. Die Quantifizierbarkeit ist wichtig. Die PWG kann entscheiden, wie sie es in den spezifizierten Themenbereichen machen will.



9 / 30

Änderungsantrag 6 «Ökologische Ziele»

Die Mehrheit der SK FD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK FD beantragt folgende Änderung, Kapitel «Ökologische Ziele»:

Die Stiftung PWG soll:

Für alle ihre Projekte (Bestand und Neu) bezüglich Erstellung und Betrieb zu den Aspekten der Ökologie ~~quantifizierbare Ziele z. B. im Bereich CO₂-Bilanz über die ganze Gebäudelebensdauer, Hitzeminderung und Biodiversität~~ formulieren und umsetzen. Der Standard Nachhaltigkeit des Kantons Zürich kann als Leitlinie dienen.

Mehrheit:	Referat: Selina Frey (GLP); Serap Kahriman (GLP), Präsidium; Ivo Bieri (SP), Martin Busekros (Grüne), Simon Diggelmann (SP), Anjushka Früh (SP), Yves Henz (Grüne) i. V. von Luca Maggi (Grüne), Leah Heuri (SP) i. V. von Judith Boppart (SP), Patrik Maillard (AL)
Minderheit:	Referat: Hans Dellenbach (FDP), Vizepräsidium; Thomas Hofstetter (FDP) i. V. von Anthony Goldstein (FDP), Christian Traber (Die Mitte)
Abwesend:	Samuel Balsiger (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 68 gegen 42 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 7

Kommissionsminderheit:

Samuel Balsiger (SVP): *Ich habe die Klimapolitik der Linken schon oft kritisiert. Gemäss Stadt Zürich sind es 0,03 Prozent des menschengemachten CO₂-Ausstosses, den wir zu verantworten haben. Dass mir hier die Minderheit zugeteilt wird, ist ein Spass, den sich die Kommission erlaubt hat. Ich bin nicht für die Minderheit, denn wir lehnen alles Unsinnige in der Klimapolitik ab und sind somit in der Mehrheit.*

Weitere Wortmeldung:

Simon Diggelmann (SP): *Die Ernsthaftigkeit der Debatte seitens SVP zeigt sich darin, dass sie selbst nicht mehr weiss, welche Anträge sie eingereicht hat.*



10 / 30

Änderungsantrag 7
«Ökologische Ziele»

Die Mehrheit der SK FD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK FD beantragt folgende neue lit. b von Kapitel «Ökologische Ziele» (die Buchstabierung der lit. wird gemäss Ratsbeschluss angepasst; der bisherige Abschnitt wird zu lit. a):

- b. hohe ökologische Ansprüche haben und Klimaneutralität anstreben. Dabei wird grosser Wert auf ein ausgewogenes Verhältnis zwischen preisgünstigem Lebensraum und Umweltfreundlichkeit gelegt.

Mehrheit: Referat: Selina Frey (GLP); Serap Kahriman (GLP), Präsidium; Hans Dellenbach (FDP), Vizepräsidium; Ivo Bieri (SP), Simon Diggelmann (SP), Anjushka Früh (SP), Leah Heuri (SP) i. V. von Judith Boppart (SP), Thomas Hofstetter (FDP) i. V. von Anthony Goldstein (FDP), Patrik Maillard (AL), Christian Traber (Die Mitte)
Enthaltung: Martin Busekros (Grüne), Yves Henz (Grüne) i. V. von Luca Maggi (Grüne)
Abwesend: Referat Minderheit: Samuel Balsiger (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 110 gegen 0 Stimmen (bei 1 Enthaltung) zu.

Antrag 8

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Samuel Balsiger (SVP): *Es gibt x Beispiele in der Stadt Zürich, wo graue Energie vernichtet und alles abgerissen wird, um Boxen zu bauen, in denen mehr Menschen weniger Platz haben. Deshalb muss analysiert werden, um nicht alles abzureissen.*

Selina Frey (GLP): *Ich erlaube mir, für alle weiteren Anträge unter dem Titel «Ökologische Ziele» für die Mehrheit zu sprechen, die jeweils die Änderungsanträge ablehnt. Uns ist dieses Kapitel wichtig. Nummer 6 widerspiegelt alles, was wir auf dieser Flughöhe als wichtig erachten. Weitere Spezifikationen sind in den anderen Dokumenten.*

Änderungsantrag 8
«Ökologische Ziele»

Die Mehrheit der SK FD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK FD beantragt folgende neue lit. c von Kapitel «Ökologische Ziele» (die Buchstabierung der lit. wird gemäss Ratsbeschluss angepasst):



11 / 30

c. bei der Beurteilung von Liegenschaften eine gründliche Analyse des gesamten Lebenszyklus durchführen, um nachhaltige Lösungen sicherzustellen.

Mehrheit: Referat: Selina Frey (GLP); Serap Kahrman (GLP), Präsidium; Hans Dellenbach (FDP), Vizepräsidium; Ivo Bieri (SP), Simon Diggelmann (SP), Anjushka Früh (SP), Leah Heuri (SP) i. V. von Judith Boppert (SP), Thomas Hofstetter (FDP) i. V. von Anthony Goldstein (FDP), Patrik Maillard (AL), Christian Traber (Die Mitte)
Enthaltung: Martin Busekros (Grüne), Yves Henz (Grüne) i. V. von Luca Maggi (Grüne)
Abwesend: Referat Minderheit: Samuel Balsiger (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 97 gegen 13 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 9

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Samuel Balsiger (SVP): *Es ist ein Widerspruch, ökologisch und günstig zu bauen: Entweder werden die höchsten Energiestandards erfüllt und es wird alles viel teurer oder sie bauen günstig. Die Stadt Zürich kann sich das Ganze nicht mehr leisten.*

Änderungsantrag 9
«Ökologische Ziele»

Die Mehrheit der SK FD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK FD beantragt folgende neue lit. d von Kapitel «Ökologische Ziele» (die Buchstabierung der lit. wird gemäss Ratsbeschluss angepasst):

d. beabsichtigen, die Anforderungen relevanter Nachhaltigkeitsstandards zu erfüllen, aber keine formellen Zertifizierungen anstreben.

Mehrheit: Referat: Selina Frey (GLP); Serap Kahrman (GLP), Präsidium; Hans Dellenbach (FDP), Vizepräsidium; Ivo Bieri (SP), Simon Diggelmann (SP), Anjushka Früh (SP), Leah Heuri (SP) i. V. von Judith Boppert (SP), Thomas Hofstetter (FDP) i. V. von Anthony Goldstein (FDP), Patrik Maillard (AL), Christian Traber (Die Mitte)
Enthaltung: Martin Busekros (Grüne), Yves Henz (Grüne) i. V. von Luca Maggi (Grüne)
Abwesend: Referat Minderheit: Samuel Balsiger (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 98 gegen 13 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.



12 / 30

Antrag 10

Kommissionsminderheit:

Samuel Balsiger (SVP) zieht den Antrag der Minderheit zurück: *Dass die Grünen sich bei der Kreislaufwirtschaft enthalten, ist sehr seltsam. Wenn die Mehrheit keine Meinung dazu hat, stellen wir uns nicht in den Weg und ziehen unseren Antrag zurück.*

Weitere Wortmeldung:

Martin Busekros (Grüne): *Ganz offensichtlich meint ihr all diese Anträge nicht ernst, Samuel Balsiger (SVP). Ihr wollt unsere Zeit verschwenden, ich sage dazu nicht mehr.*

Änderungsantrag 10 «Ökologische Ziele»

Die Mehrheit der SK FD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK FD beantragt folgende neue lit. e von Kapitel «Ökologische Ziele» (die Buchstabierung der lit. wird gemäss Ratsbeschluss angepasst):

e. auf umweltfreundliche Materialien setzen und wo immer möglich die Kreislaufwirtschaft fördern.

Mehrheit: Referat: Selina Frey (GLP); Serap Kahriman (GLP), Präsidium; Hans Dellenbach (FDP), Vizepräsidium; Ivo Bieri (SP), Simon Diggelmann (SP), Anjushka Früh (SP), Leah Heuri (SP) i. V. von Judith Boppert (SP), Thomas Hofstetter (FDP) i. V. von Anthony Goldstein (FDP), Patrik Maillard (AL), Christian Traber (Die Mitte)
Enthaltung: Martin Busekros (Grüne), Yves Henz (Grüne) i. V. von Luca Maggi (Grüne)
Abwesend: Referat Minderheit: Samuel Balsiger (SVP)

Samuel Balsiger (SVP) zieht den Antrag der Minderheit zurück.

Antrag 11

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Samuel Balsiger (SVP) zieht den Antrag der Minderheit zurück: *Wir ziehen diesen Antrag ebenfalls zurück.*



13 / 30

Änderungsantrag 11
«Wirtschaftliche Ziele»

Die Mehrheit der SK FD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK FD beantragt folgende neue lit. f von Kapitel «Wirtschaftliche Ziele»:

- f. auf solider und nachhaltiger wirtschaftlicher Basis wachsen. Dies bedingt, dass das Eigen- und das Fremdkapital in einem angemessenen Verhältnis zueinanderstehen. Die Eigenkapitalquote (Eigenkapital / Bilanzsumme) soll mittelfristig 25 % nicht unterschreiten. Die jährlichen Überschüsse, welche mindestens 1 % der Bilanzsumme entsprechen sollen, sind Voraussetzung für das nachhaltige Wachstum. Können die angestrebten Überschüsse nicht realisiert werden, sollen Investitionstätigkeiten zeitlich und inhaltlich geprüft werden. Das benötigte Fremdkapital soll mittels Kredite (Hypotheken, Darlehen, Anleihen etc.) beschafft werden. Die jährlichen Abschreibungsbeiträge für Erwerbe und allfällige Beiträge aus dem Wohnraumfonds für Sanierungen und Neubauten sollen genutzt werden.

Mehrheit: Referat: Selina Frey (GLP); Serap Kahrman (GLP), Präsidium; Hans Dellenbach (FDP), Vizepräsidium; Ivo Bieri (SP), Martin Busekros (Grüne), Simon Diggelmann (SP), Anjushka Früh (SP), Yves Henz (Grüne) i. V. von Luca Maggi (Grüne), Leah Heuri (SP) i. V. von Judith Boppert (SP), Thomas Hofstetter (FDP) i. V. von Anthony Goldstein (FDP), Patrik Maillard (AL), Christian Traber (Die Mitte)

Abwesend: Referat Minderheit: Samuel Balsiger (SVP)

Samuel Balsiger (SVP) zieht den Antrag der Minderheit zurück.

Antrag 12

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Samuel Balsiger (SVP): *Ob es nun personelle oder gesellschaftliche Ziele sind: Sie sind unnötig und wir lehnen es ab.*

Änderungsantrag 12
«Personelle Ziele»

Die Mehrheit der SK FD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK FD beantragt folgende Änderung, Kapitel «Personelle Ziele»:

PersonelleGesellschaftliche Ziele



14 / 30

Mehrheit: Referat: Selina Frey (GLP); Serap Kahrman (GLP), Präsidium; Hans Dellenbach (FDP), Vizepräsidium; Ivo Bieri (SP), Martin Busekros (Grüne), Simon Diggelmann (SP), Anjushka Früh (SP), Yves Henz (Grüne) i. V. von Luca Maggi (Grüne), Leah Heuri (SP) i. V. von Judith Boppart (SP), Thomas Hofstetter (FDP) i. V. von Anthony Goldstein (FDP), Patrik Maillard (AL), Christian Traber (Die Mitte)

Abwesend: Referat Minderheit: Samuel Balsiger (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 97 gegen 13 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 13

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Dr. Emanuel Tschannen (FDP): *Lit. a gehört nicht in die Trägerstrategie. Es handelt sich um ein operatives Thema, das in der Kompetenz des Stiftungsrats liegt. Es kann nicht sein, dass der Gemeinderat das Stellenprofil für Stellenausschreibungen festlegt.*

Selina Frey (GLP): *Die Mehrheit der Kommission sieht das anders. Es werden nicht Ausschreibungsprofile spezifiziert, sondern dass klare Prozesse mit transparenten Anforderungsprofilen und Selektionskriterien formuliert und publiziert werden müssen.*

Änderungsantrag 13 «Personelle Ziele»

Die Mehrheit der SK FD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK FD beantragt Streichung von lit. a von Kapitel «Personelle Ziele» (die Buchstabierung der lit. wird gemäss Ratsbeschluss angepasst).

Mehrheit: Referat: Selina Frey (GLP); Serap Kahrman (GLP), Präsidium; Ivo Bieri (SP), Martin Busekros (Grüne), Simon Diggelmann (SP), Anjushka Früh (SP), Yves Henz (Grüne) i. V. von Luca Maggi (Grüne), Leah Heuri (SP) i. V. von Judith Boppart (SP), Patrik Maillard (AL), Christian Traber (Die Mitte)

Minderheit: Referat: Hans Dellenbach (FDP), Vizepräsidium; Thomas Hofstetter (FDP) i. V. von Anthony Goldstein (FDP)

Abwesend: Samuel Balsiger (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 76 gegen 33 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.



15 / 30

Antrag 14

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Martin Busekros (Grüne): Die PWG sollte das städtische Personalreglement übernehmen. Aktuell verfügt sie über ein eigenes, was unserer Meinung nach rechtswidrig ist. Es gibt ein laufendes Verfahren. Daraus wird sich wahrscheinlich ergeben, dass die PWG städtische Rechte übernehmen muss – deshalb stellen wir diesen Antrag.

Selina Frey (GLP): Die Mehrheit der Kommission findet, dass die Formulierung genug Offenheit zeigt und dennoch konsequent den Bezug zum städtischen Personalrecht aufzeigt – auch wenn sie fairerweise weniger eng ist, als von der Minderheit gefordert.

Änderungsantrag 14 «Personelle Ziele»

Die Mehrheit der SK FD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK FD beantragt folgende Änderung, Kapitel «Personelle Ziele»:

[...]

- g. bei den Anstellungsverhältnissen die Bestimmungen des städtischen Personalrechts und die Vorgaben zu deren Auslegung und Umsetzung in der Praxis beachten und Abweichungen in den Eigergesprächen ~~Abweichungen des Personalreglements zum städtischen Personalrecht der Trägerin~~ aufzeigen,

[...]

Mehrheit: Referat: Selina Frey (GLP); Serap Kahriman (GLP), Präsidium; Hans Dellenbach (FDP), Vizepräsidium; Ivo Bieri (SP), Simon Diggelmann (SP), Anjushka Früh (SP), Leah Heuri (SP) i. V. von Judith Boppart (SP), Thomas Hofstetter (FDP) i. V. von Anthony Goldstein (FDP), Christian Traber (Die Mitte)

Minderheit: Referat: Martin Busekros (Grüne), Yves Henz (Grüne) i. V. von Luca Maggi (Grüne), Patrik Maillard (AL)

Abwesend: Samuel Balsiger (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 85 gegen 23 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.



Antrag 15

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Samuel Balsiger (SVP): *In der Kommission von STR Daniel Leupi geht es in vielen Weisungen um Ersatzneubauten. Es gibt Synopsen mit dem bestehenden und dem neuen Gebäude. Das Ganze wird abgerissen, Feinstaub herausgeblasen, graue Energie vernichtet, für 100 Millionen Franken etwas Neues gebastelt. Danach sind die Räume, in denen die Leute leben müssen, viel kleiner. Durch das Platzmachen für Neuankömmlinge steigen die Mieten in der Stadt Zürich selbst bei den städtischen Liegenschaften. Wir fordern, dass beim Kauf von Liegenschaften das bisherige Mietverhältnis unverändert übernommen wird. Wie können die Linken dagegen sein, dass das Mietrecht hochgehalten wird? Wir wollen, dass die Mieten bei der Stadt nicht steigen.*

Selina Frey (GLP): *Die Mehrheit der Kommission lehnt diesen Änderungsantrag ab. Es zeichnet sich ab, dass auch die nachfolgenden Anträge im Bereich «Personelle Ziele» fremd sind. Wir haben bereits darüber diskutiert. Im Vermietungsreglement ist festgehalten, dass die Stiftung beim Kauf einer Liegenschaft den Mietenden den Verbleib in den bisherigen Räumlichkeiten so weit wie möglich gewährleistet. Einzelfälle kann es geben, aber für diese sind Massnahmen definiert. Die SVP unterstützt in anderen Geschäften jeweils eher einen verhältnismässigen Umgang mit solchen Voraussetzungen.*

Weitere Wortmeldung:

Samuel Balsiger (SVP): *Wie kann die AL dagegen sein, dass Mieter geschützt werden und das Mietverhältnis unverändert übernommen wird? Stimmen Sie dagegen, bloss weil es von der SVP kommt, müssen Sie bei anderen Beispielen dann nicht aufschreien.*

Änderungsantrag 15 «Personelle Ziele»

Die Mehrheit der SK FD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK FD beantragt folgende neue lit. i von Kapitel «Personelle Ziele» (die Buchstabierung der lit. wird gemäss Ratsbeschluss angepasst):

i. bei Erwerb die bestehenden Mietverhältnisse unverändert übernehmen.

Mehrheit: Referat: Selina Frey (GLP); Serap Kahrman (GLP), Präsidium; Hans Dellenbach (FDP), Vizepräsidium; Ivo Bieri (SP), Martin Busekros (Grüne), Simon Diggelmann (SP), Anjushka Früh (SP), Yves Henz (Grüne) i. V. von Luca Maggi (Grüne), Leah Heuri (SP) i. V. von Judith Boppart (SP), Thomas Hofstetter (FDP) i. V. von Anthony Goldstein (FDP), Patrik Maillard (AL), Christian Traber (Die Mitte)

Abwesend: Referat Minderheit: Samuel Balsiger (SVP)



17 / 30

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 94 gegen 13 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 16

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Samuel Balsiger (SVP): *Mein Unverständnis geht weiter. Wie können Sie dagegen sein, dass Belegungsvorschriften und ein angemessenes Verhältnis zwischen Einkommen und Miete eingehalten werden? Sie argumentieren, es stehe in einer schwachen Form bereits. Das mag sein, aber wenn es so konkret und unwiderruflich steht, müssten Sie das unterstützen. Sie untergraben die Glaubwürdigkeit der Wohnbaupolitik der Stadt Zürich, wenn Sie zulassen, dass viele Leute in Wohnungen leben, die dies nicht dürften. Etwa ein Siebtel der städtischen Wohnungen sind unterbelegt. Die Stadt hat dies lange nicht geprüft und fängt jetzt damit an, statt sich auf das Kernthema zu konzentrieren. Die Hinweise, dass man je nach politischer Färbung eine Wohnung erhält, sind sehr stark.*

Selina Frey (GLP): *Ich halte im Namen der Mehrheit fest, dass wir uns im Kapitel «Personelle Ziele» befinden und keinen Bezug zu diesem sehen, ebenso wie bei Antrag 17.*

Weitere Wortmeldung:

Samuel Balsiger (SVP): *Das ist unverständlich, denn es sind Mieter und damit personelle Ziele. Sonst behaupten Sie, die grossen Verfechter der Mieter zu sein.*

Änderungsantrag 16 «Personelle Ziele»

Die Mehrheit der SK FD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK FD beantragt folgende neue lit. j von Kapitel «Personelle Ziele» (die Buchstabierung der lit. wird gemäss Ratsbeschluss angepasst):

- j. Wert auf die Einhaltung der Belegungsvorschriften sowie ein angemessenes Verhältnis von Einkommen zu Miete legen. Die Erfüllung dieser im Vermietungsreglement festgelegten Kriterien soll periodisch überprüft und sichergestellt werden.

Mehrheit: Referat: Selina Frey (GLP); Serap Kahrman (GLP), Präsidium; Hans Dellenbach (FDP), Vizepräsidium; Ivo Bieri (SP), Martin Busekros (Grüne), Simon Diggelmann (SP), Anjushka Früh (SP), Yves Henz (Grüne) i. V. von Luca Maggi (Grüne), Leah Heuri (SP) i. V. von Judith Boppert (SP), Thomas Hofstetter (FDP) i. V. von Anthony Goldstein (FDP), Patrik Maillard (AL), Christian Traber (Die Mitte)

Abwesend: Referat Minderheit: Samuel Balsiger (SVP)



Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 98 gegen 13 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 17

Kommissionsminderheit:

Samuel Balsiger (SVP): *Gemäss offiziellen Zahlen der Stadt Zürich ist rund ein Siebtel der Wohnungen unterbelegt. Bei genauerer Betrachtung ist der Missstand in der städtischen Wohnbaupolitik noch viel grösser. Als Beispiel zu nennen sind all die Zuteilungen an Günstlinge. Die Jungliberalen haben festgestellt, dass ungefähr 40 Prozent der SP in städtischen Wohnungen leben. Wir wollen genau hinschauen. Wenn sie das Vertrauen gegenüber der städtischen Wohnbaupolitik fördern wollen, müssen Sie dies unterstützen. Es ist personell, es geht um Mieter und Personen. Es ist nicht falsch platziert, sonst hätte das Kommissionssekretariat reagiert. Viele der von uns eingereichten Anträge wurden umgeschrieben. Das ist mir erst heute aufgefallen. Man wollte die SVP offensichtlich blossstellen. So wird in dieser Stadt gegen die politische Opposition gearbeitet. Jeder Missstand in der städtischen Wohnbaupolitik muss aufgedeckt werden.*

Weitere Wortmeldungen:

Serap Kahriman (GLP): *Erstens warst du, Samuel Balsiger (SVP), an dieser Sitzung abwesend. Das sehen wir im Antrag der SK FD. Zweitens ist dein Votum ein Affront gegenüber unserem Kommissionssekretär Philippe Wenger. Er hat alles mit dir abgesprochen. Er hat dir Vorschläge gemacht, wie der Text angepasst werden könnte, damit er in die Trägerstrategie passt. Jetzt zu sagen, du hättest nichts davon gewusst, geht nicht.*

Samuel Balsiger (SVP): *Es gibt Leute, die in der Privatwirtschaft arbeiten. Wenn diese einen Termin haben, fehlen sie in der Kommissionssitzung. Das sollte nicht sein, das ist mein Fehler. In dieser Kommission werden so viele E-Mails verschickt und alles ist so kompliziert in der Ablage. Nicht nur ich sage, dass das ein Problem ist. Ich sah deshalb nicht, dass die Anträge umgeschrieben wurden. Ich habe die Anträge mit Reto Brüesch (SVP) zusammen erarbeitet. Viele dieser Anträge haben wir so nicht geschrieben.*

Sven Sobernheim (GLP): *Reto Brüesch (SVP) ist Vorstandsmitglied der PWG. Er ist bei diesem Geschäft im Ausstand. Wenn du sagst, alle Anträge – von denen du nicht weisst, was drinsteht – kämen von einem Mitglied der PWG, habe ich andere Fragen.*



19 / 30

Änderungsantrag 17
«Personelle Ziele»

Die Mehrheit der SK FD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK FD beantragt folgende neue lit. k von Kapitel «Personelle Ziele»
(die Buchstabierung der lit. wird gemäss Ratsbeschluss angepasst):

i. bei Mieterwechseln die Mieten überprüfen und gegebenenfalls anpassen.

Mehrheit: Referat: Selina Frey (GLP); Serap Kahrman (GLP), Präsidium; Hans Dellenbach (FDP),
Vizepräsidium; Ivo Bieri (SP), Martin Busekros (Grüne), Simon Diggelmann (SP),
Anjushka Früh (SP), Yves Henz (Grüne) i. V. von Luca Maggi (Grüne), Leah Heuri (SP)
i. V. von Judith Boppart (SP), Thomas Hofstetter (FDP) i. V. von Anthony Goldstein (FDP),
Patrik Maillard (AL), Christian Traber (Die Mitte)
Abwesend: Referat Minderheit: Samuel Balsiger (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 97 gegen 12 Stimmen (bei 0 Enthaltungen)
ZU.

Antrag 18

Kommissionsminderheit:

Samuel Balsiger (SVP): *Der Text mit «Menschen begleiten und unterstützen» kommt
so garantiert nicht von mir. Aber wenn die Stadt Zürich Leute aus der Wohnung
schmeisst, soll sie sich auch um diese kümmern. Sie können ja nachher Nein stimmen.*

Änderungsantrag 18
«Personelle Ziele»

Die Mehrheit der SK FD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK FD beantragt folgende neue lit. l von Kapitel «Personelle Ziele»
(die Buchstabierung der lit. wird gemäss Ratsbeschluss angepasst):

l. bei umfassenden Erneuerungen im nicht bewohnbaren Zustand und bei Ersatzneu-
bauten die betroffenen Mietenden begleiten und unterstützen. Zudem werden Er-
satzangebote gemacht.

Mehrheit: Referat: Selina Frey (GLP); Serap Kahrman (GLP), Präsidium; Hans Dellenbach (FDP),
Vizepräsidium; Ivo Bieri (SP), Simon Diggelmann (SP), Anjushka Früh (SP), Leah Heuri
(SP) i. V. von Judith Boppart (SP), Thomas Hofstetter (FDP) i. V. von Anthony Goldstein
(FDP), Patrik Maillard (AL), Christian Traber (Die Mitte)
Enthaltung: Martin Busekros (Grüne), Yves Henz (Grüne) i. V. von Luca Maggi (Grüne),
Abwesend: Referat Minderheit: Samuel Balsiger (SVP)



20 / 30

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 97 gegen 12 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 19

Kommissionsminderheit:

Samuel Balsiger (SVP) zieht den Antrag zurück: Der Antrag ist zurückgezogen.

Änderungsantrag 19 «Steuerung und Führung»

Die Mehrheit der SK FD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK FD beantragt folgende Änderung, Kapitel «Steuerung und Führung»:

Die Stiftung PWG soll:

[...]

b. eine ~~Anlagestrategie~~ Strategie ausarbeiten, verfolgen und regelmässig überprüfen,

[...]

Mehrheit: Referat: Selina Frey (GLP); Serap Kahriman (GLP), Präsidium; Hans Dellenbach (FDP), Vizepräsidium; Ivo Bieri (SP), Martin Busekros (Grüne), Simon Diggelmann (SP), Anjushka Früh (SP), Yves Henz (Grüne) i. V. von Luca Maggi (Grüne), Leah Heuri (SP) i. V. von Judith Boppert (SP), Thomas Hofstetter (FDP) i. V. von Anthony Goldstein (FDP), Patrik Maillard (AL), Christian Traber (Die Mitte)
Abwesend: Referat Minderheit: Samuel Balsiger (SVP)

Samuel Balsiger (SVP) zieht den Antrag der Minderheit zurück.

Antrag 20

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Selina Frey (GLP): Der Minderheit ist es ein Anliegen, dass die Vergabe für die, die es am dringendsten brauchen, gut verlaufen kann. Wir finden eine periodische Überprüfung sinnvoll. Vier Jahre ist ein langer Zeitraum. Dadurch entsteht kein grosser bürokratischer Aufwand, aber er lässt eine Beurteilung zu, da andernfalls Informationen fehlen würden.



Simon Diggelmann (SP): Die Mehrheit der Kommission lehnt den Antrag ab, weil unter den Vermietungskriterien gemäss Vermietungsreglement ein umfassender Kriterienkatalog verstanden wird. Der Änderungsantrag beschränkt sich auf Belegung und Vermögen. Selbstverständlich sollen im Rahmen der jährlichen Führungsgespräche ein sinnvoller Rhythmus und die Art des Reportings der Vermietungskriterien gefunden werden.

Änderungsantrag 20
«Controlling und Reporting»

Die Mehrheit der SK FD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK FD beantragt folgende Änderung, Kapitel «Controlling und Reporting»:

Die Stiftung PWG soll:

- a. die Trägerin über die Einhaltung der Vermietungskriterien gemäss Vermietungsreglement informieren. den Gemeinderat weiter regelmässig darüber informieren, wie die Kriterien gemäss Art. 18 & Art. 7&8 Vermietungsreglement über die Belegung und die Vermögensvorschriften eingehalten werden. Im Grundsatz sollte dies pro Immobilie im Vierjahresrhythmus überprüft werden, soll aber über das ganze Portfolio alternierend stattfinden, damit der Aufwand für die Geschäftsstelle nicht zu gross ist. Die Solidaritätsabgabe gemäss Art. 21 Vermietungsreglement soll zeitlich beschränkt sein.

[...]

Mehrheit:	Referat: Simon Diggelmann (SP); Hans Dellenbach (FDP), Vizepräsidium; Ivo Bieri (SP), Martin Busekros (Grüne), Anjushka Früh (SP), Yves Henz (Grüne) i. V. von Luca Maggi (Grüne), Leah Heuri (SP) i. V. von Judith Boppert (SP), Thomas Hofstetter (FDP) i. V. von Anthony Goldstein (FDP), Patrik Maillard (AL), Christian Traber (Die Mitte)
Minderheit:	Referat: Selina Frey (GLP); Serap Kahrman (GLP), Präsidium
Abwesend:	Samuel Balsiger (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 97 gegen 13 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 21

Kommissionsminderheit:

Samuel Balsiger (SVP) zieht den Antrag zurück: Der Antrag ist zurückgezogen.



22 / 30

Änderungsantrag 21
«Controlling und Reporting»

Die Mehrheit der SK FD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK FD beantragt folgende Änderung, Kapitel «Controlling und Reporting»:

[...]

- d. ~~die Trägerin~~ das Aufsichtsgremium jährlich über strategisch relevante Ausrichtungen/Entwicklungen und die damit verbundenen Investitionen informieren,

[...]

Mehrheit: Referat: Selina Frey (GLP); Serap Kahriman (GLP), Präsidium; Hans Dellenbach (FDP), Vizepräsidium; Ivo Bieri (SP), Simon Diggelmann (SP), Anjushka Früh (SP), Leah Heuri (SP) i. V. von Judith Boppert (SP), Thomas Hofstetter (FDP) i. V. von Anthony Goldstein (FDP), Christian Traber (Die Mitte)
Enthaltung: Martin Busekros (Grüne), Yves Henz (Grüne) i. V. von Luca Maggi (Grüne), Patrik Maillard (AL)
Abwesend: Referat Minderheit: Samuel Balsiger (SVP)

Samuel Balsiger (SVP) zieht den Antrag der Minderheit zurück.

Antrag 22

Kommissionsminderheiten/-mehrheit:

Selina Frey (GLP): Die Minderheit 1 der Kommission findet es gut, spezifisch zu sein, da dies gemäss Rückmeldung der Verantwortlichkeiten geschätzt wird. Wir wollen ausformulieren, dass die SK FD und die Aufsichtskommissionen die Dokumente erhalten.

Dr. Emanuel Tschannen (FDP): Ich war noch nicht in der Kommission, als es zur Abstimmung kam, bin aber ziemlich sicher, dass dieser Änderungsantrag von uns ist. Die FDP beantragt die Streichung der lit. f aus einem ordnungspolitischen Grund. Wir sind der Auffassung, dass das Teilen dieser Protokolle eine operative Frage ist, die nicht in die Trägerstrategie gehört. Deswegen lehnen wir auch den Antrag der Minderheit 1 ab.

Simon Diggelmann (SP): Die Mehrheit der Kommission findet die Formulierung genügend präzise. Es ist wichtig, dass der Gemeinderat Einsicht in die Protokolle erhält. Dies geschieht über die Geschäftsprüfungskommission (GPK) als Aufsichtskommission. Auch im Sinn der SK FD soll kein unnötiger Automatismus eingeführt werden.



23 / 30

Änderungsantrag 22
«Controlling und Reporting»

Die Mehrheit der SK FD beantragt Ablehnung der nachfolgenden Änderungsanträge.

Die Minderheit 1 der SK FD beantragt folgende Änderung, Kapitel «Controlling und Reporting»:

[...]

e. die Trägerin anlässlich von regelmässigen Führungsgesprächen über die Organisation, den Geschäftsgang und die finanzielle Situation der Stiftung informieren und die Protokolle mit der Kommission SK FD und den Aufsichtskommissionen (GPK & RPK) teilen,

~~f. die Protokolle mit der Trägerin teilen,~~

(die Buchstabierung der lit. wird gemäss Ratsbeschluss angepasst)

[...]

Die Minderheit 2 der SK FD beantragt Streichung von lit. f von Kapitel «Controlling und Reporting» (die Buchstabierung der lit. wird gemäss Ratsbeschluss angepasst).

Mehrheit:	Referat: Simon Diggelmann (SP); Ivo Bieri (SP), Martin Busekros (Grüne), Anjushka Früh (SP), Yves Henz (Grüne) i. V. von Luca Maggi (Grüne), Leah Heuri (SP) i. V. von Judith Boppart (SP)
Minderheit 1:	Referat: Selina Frey (GLP); Serap Kahriman (GLP), Präsidium; Patrik Maillard (AL)
Minderheit 2:	Referat: Hans Dellenbach (FDP), Vizepräsidium; Thomas Hofstetter (FDP) i. V. von Anthony Goldstein (FDP), Christian Traber (Die Mitte)
Abwesend:	Samuel Balsiger (SVP)

Abstimmung gemäss Art. 209 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Mehrheit	50 Stimmen
Antrag Minderheit 1	19 Stimmen
Antrag Minderheit 2	<u>42 Stimmen</u>
Total	111 Stimmen
= absolutes Mehr	56 Stimmen

Keiner der Anträge erhält das absolute Mehr; für die 2. Abstimmung ist der Antrag Minderheit 1 ausgeschieden.



24 / 30

2. Abstimmung:

Dem Antrag der Mehrheit wird mit 68 gegen 42 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zugestimmt.

Antrag 23

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Moritz Bögli (AL): *Wir wollen mit diesem Antrag mehr Transparenz gemäss Öffentlichkeitsprinzip schaffen und die Daten öffentlich zugänglich machen.*

Simon Diggelmann (SP): *Die Mehrheit der Kommission lehnt den Änderungsantrag ab, weil er Mikromanagement betreibt und auf Stufe Trägerstrategie nicht zielführend ist.*

Änderungsantrag 23
«Controlling und Reporting»

Die Mehrheit der SK FD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK FD beantragt folgende neue lit. g von Kapitel «Controlling und Reporting» (die Buchstabierung der lit. wird gemäss Ratsbeschluss angepasst):

g. zuhanden des Gemeinderats ein jährliches Reporting pro Liegenschaft erstellen. Dieses enthält den Sollmietzins, Mietzinsausfälle, Gebäudeversicherungswert, Anlagewert, Anzahl Bewohner*innen, Belegung/Wohnfläche und den Medianwert der Bestandesmieten gemäss Mietpreiserhebung der Stadt Zürich.

Mehrheit:	Referat: Simon Diggelmann (SP); Hans Dellenbach (FDP), Vizepräsidium; Ivo Bieri (SP), Anjushka Früh (SP), Leah Heuri (SP) i. V. von Judith Boppert (SP), Thomas Hofstetter (FDP) i. V. von Anthony Goldstein (FDP), Christian Traber (Die Mitte)
Minderheit:	Referat: Patrik Maillard (AL); Martin Busekros (Grüne), Yves Henz (Grüne) i. V. von Luca Maggi (Grüne)
Enthaltung:	Serap Kahrman (GLP), Präsidium; Selina Frey (GLP)
Abwesend:	Samuel Balsiger (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 90 gegen 19 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.



25 / 30

Antrag 24

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Selina Frey (GLP): Die Minderheit möchte sicherstellen, dass wir unsere Aufsichtsfunktion richtig wahrnehmen können. Wir lassen Spielraum für Abweichungen in begründeten Fällen, finden es aber angezeigt, dass dies einer schriftlichen Zustimmung bedarf.

Dr. Emanuel Tschannen (FDP): Die Mehrheit ist der Auffassung, dass der Text den Anforderungen genügt. Die Trägerstrategie ist für die Stadt als Trägerin und bindet den Stiftungsrat nicht. Wir sehen nicht, weshalb der Stiftungsrat eine Änderung der Trägerstrategie beantragen können sollte. Hierarchisch ergibt dies keinen Sinn.

Änderungsantrag 24 «Schlussbestimmungen»

Die Mehrheit der SK FD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK FD beantragt folgende Änderung, Kapitel «Schlussbestimmungen»:

Von der vorliegenden Trägerstrategie soll nur in begründeten Fällen und bei entsprechender Notwendigkeit abgewichen werden. Wünscht der Stiftungsrat eine Abweichung, so ist die schriftliche Zustimmung des Gemeinderats einzuholen.

Mehrheit:	Referat: Hans Dellenbach (FDP), Vizepräsidium; Ivo Bieri (SP), Martin Busekros (Grüne), Simon Diggelmann (SP), Anjushka Früh (SP), Yves Henz (Grüne) i. V. von Luca Maggi (Grüne), Leah Heuri (SP) i. V. von Judith Boppert (SP), Thomas Hofstetter (FDP) i. V. von Anthony Goldstein (FDP), Christian Traber (Die Mitte)
Minderheit:	Referat: Selina Frey (GLP); Serap Kahriman (GLP), Präsidium; Patrik Maillard (AL)
Abwesend:	Samuel Balsiger (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 90 gegen 18 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 25

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Moritz Bögli (AL): Es geht um einen Grundsatz zur Wahrung der Interessen aller Mitglieder des Gemeinderats. Es soll nicht nur eine Sachkommission darüber entscheiden, denn diese widerspiegelt nicht unbedingt die Mehrheit des Rats. Gleichzeitig sollen alle Ratsmitglieder sich dazu äussern und darüber entscheiden können.



Selina Frey (GLP): Die Mehrheit der Kommission ist der Meinung, dass durch die Involvement der Fraktionen und des Rats alle Mitglieder des Gemeinderats zum Zug kommen können. Vier Jahre sind ausreichend, denn die Trägerstrategien sind die Deckwerte einer Partei und diese kennt im besten Fall ihre Legislaturziele über vier Jahre hinweg. Der Aufwand für eine jährliche Überprüfung ist nicht gerechtfertigt.

Änderungsantrag 25
«Schlussbestimmungen»

Die Mehrheit der SK FD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK FD beantragt folgende Änderung, Kapitel «Schlussbestimmungen»:

[...]

Die Trägerstrategie ~~wird durch die Sachkommission Finanzdepartement des Gemeinderats mindestens einmal pro Legislaturperiode~~ ist vom Gemeinderat einmal jährlich auf Vollständigkeit und Aktualität ~~überprüft zu überprüfen~~.

[...]

Mehrheit:	Referat: Selina Frey (GLP); Serap Kahrman (GLP), Präsidium; Hans Dellenbach (FDP), Vizepräsidium; Ivo Bieri (SP), Martin Busekros (Grüne), Simon Diggelmann (SP), Anjushka Früh (SP), Yves Henz (Grüne) i. V. von Luca Maggi (Grüne), Leah Heuri (SP) i. V. von Judith Boppert (SP), Thomas Hofstetter (FDP) i. V. von Anthony Goldstein (FDP), Christian Traber (Die Mitte)
Minderheit:	Referat: Patrik Maillard (AL)
Abwesend:	Samuel Balsiger (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 101 gegen 6 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 26

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Selina Frey (GLP): Wir fordern diese Umformulierung, um einen gewissen Spielraum zwischen der GPK und der Rechnungsprüfungskommission (RPK) zu haben.

Simon Diggelmann (SP): Die GPK hat diese Funktion bereits übernommen. In diesem Sinn ist die Mehrheit gegen den Änderungsantrag.



27 / 30

Änderungsantrag 26
«Schlussbestimmungen»

Die Mehrheit der SK FD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK FD beantragt folgende Änderung, Kapitel «Schlussbestimmungen»:

[...]

Die ~~Geschäftsprüfungskommission~~Aufsichtskommission des Gemeinderats vertritt die Trägerin als Aufsichtsstelle gegenüber der Stiftung PWG.

Mehrheit: Referat: Simon Diggelmann (SP); Hans Dellenbach (FDP), Vizepräsidium; Ivo Bieri (SP), Martin Busekros (Grüne), Anjushka Früh (SP), Yves Henz (Grüne) i. V. von Luca Maggi (Grüne), Leah Heuri (SP) i. V. von Judith Boppart (SP), Thomas Hofstetter (FDP) i. V. von Anthony Goldstein (FDP), Patrik Maillard (AL), Christian Traber (Die Mitte)

Minderheit: Referat: Selina Frey (GLP); Serap Kahriman (GLP), Präsidium

Abwesend: Samuel Balsiger (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 96 gegen 13 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der GL beantragt dem Gemeinderat:

Die Trägerstrategie für die Stiftung PWG zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen der Stadt Zürich für die Jahre 2025–2030 (Beilage) wird erlassen.

Die Minderheit der GL beantragt dem Gemeinderat:

Die Trägerstrategie für die Stiftung PWG zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen der Stadt Zürich für die Jahre 2025–2030 (Beilage) wird abgelehnt.

Mehrheit: Referat: Ivo Bieri (SP), 1. Vizepräsidium; Christian Traber (Die Mitte), 2. Vizepräsidium; Lisa Diggelmann (SP), Dr. David Garcia Nuñez (AL), Benedikt Gerth (Die Mitte), Sibylle Kauer (Grüne), Guy Krayenbühl (GLP), Martina Novak (GLP), Dr. Patricia Petermann Loewe (SP), Matthias Renggli (SP), Selina Walgis (Grüne)

Minderheit: Referat: Samuel Balsiger (SVP); Roger Bartholdi (SVP)

Enthaltung: Christian Huser (FDP), Präsidium; Andreas Egli (FDP) i. V. von Albert Leiser (FDP), Roger Meier (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 97 gegen 13 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.



28 / 30

Damit ist beschlossen:

Die Trägerstrategie für die Stiftung PWG zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen der Stadt Zürich für die Jahre 2025–2030 (Beilage) wird erlassen.

Titelseite

Trägerstrategie

Stiftung PWG

2025–2030

Inhaltsverzeichnis

Zweck

Strategische Schwerpunkte und Ziele

Ökologische Ziele

Wirtschaftliche Ziele

Personelle Ziele

Kooperationen, Beteiligungen und Drittaufträge

Steuerung und Führung

Controlling und Reporting

Schlussbestimmungen

Zweck

Ergänzend zu den Statuten vom 15. Dezember 2021 (AS 843.331), in Kraft seit 1. Mai 2022, bildet die vorliegende Trägerstrategie die Grundlage für die Trägerschaft der Stiftung PWG zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen der Stadt Zürich. Sie beschreibt die strategischen Interessen, Absichten und Ziele, welche die Stadt Zürich als Trägerin und Aufsichtsstelle verfolgt.

Der Stiftungsrat ist für die strategische Ausrichtung der Stiftung verantwortlich.

Strategische Schwerpunkte und Ziele

Die Stiftung PWG soll gemäss ihrem Stiftungszweck:

- a. preisgünstigen Wohn- und Gewerberäume bereitstellen und vermieten sowie ihr Portfolio mittels Akquisitionen nachhaltig ausbauen und Chancen wahrnehmen, diesen Ausbau auch in Zusammenarbeit mit Privatpersonen und öffentlichen Organisationen zu realisieren.
- b. die Vermietung der Wohnungen in einem transparenten und nachvollziehbaren Vergabeverfahren vornehmen und regelmässig überprüfen.
- c. mit ihrer Vermietungspraxis (mittelfristig) die soziale Durchmischung sicherstellen.
- d. ihre Tätigkeit an den übergeordneten städtischen Strategien und Zielen ausrichten und diese aktiv verfolgen. Neben den wohnbaupolitischen Vorgaben sind damit insbesondere auch die ökologischen Ziele gemeint.

Ökologische Ziele

Die Stiftung PWG soll:

Für alle ihre Projekte (Bestand und Neu) bezüglich Erstellung und Betrieb zu den Aspekten der Ökologie quantifizierbare Ziele z. B. im Bereich CO₂-Bilanz über die ganze Gebäudelebensdauer, Hitzeminderung und Biodiversität formulieren und umsetzen.



Wirtschaftliche Ziele

Die Stiftung PWG soll:

- a. Investitionen schrittweise gemäss Anlagestrategie zur strategischen Erfüllung des Stiftungszwecks vornehmen und eine nachhaltige Finanzierung der Investitionsvorhaben sicherstellen,
- b. nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen geführt werden,
- c. ein konstant positives Jahresergebnis anstreben, das die Handlungsfähigkeit der Stiftung sicherstellt,
- d. keine grossen finanziellen Risiken eingehen,
- e. die sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Ziele ausbalancieren.

Personelle Ziele

Die Stiftung PWG soll:

- a. für das Auswahlverfahren in den Ausschuss transparente Anforderungsprofile, Selektionskriterien und Prozesse aufstellen,
- b. auf der strategischen Führungsebene (Stiftungsrat) über die erforderlichen Kompetenzen für die Stiftung und die Umsetzung des Stiftungszwecks verfügen.
- c. auf der operativen Führungsebene (Geschäftsleitung) über die erforderlichen Kernkompetenzen für die Umsetzung des Stiftungszwecks sowie zur Kooperation mit Partnerorganisationen verfügen,
- d. sich auf der operativen Führungsebene zu Gleichstellung, Diversität und Inklusion bekennen und Positionen entsprechend besetzen,
- e. auf der operativen Führungsebene das städtische 35%-Ziel zur Gleichstellung der Geschlechter konsequent umsetzen,
- f. sich ihren Mitarbeitenden gegenüber als soziale und verantwortungsvolle Arbeitgeberin verhalten.
- g. Abweichungen des Personalreglements zum städtischen Personalrecht der Trägerin aufzeigen,
- h. die Identifikation der Mitarbeitenden mit der Stiftung und der Stadt fördern.

Kooperationen, Beteiligungen und Drittaufträge

Die Stiftung PWG soll:

- a. mit den andern drei städtischen Wohnbaustiftungen sowie allenfalls mit weiteren gemeinnützigen Wohnbauträgerschaften zusammenarbeiten. Dies insbesondere bei temporär benötigtem Wohnraum während Umbauten oder bei der Erstellung von Ersatzneubauten sowie bei Akquisitionen. Dabei soll auch erwogen werden, ob es Sinn ergibt, eine Liegenschaft einer der drei anderen Wohnbaustiftungen oder LSZ zu überlassen,
- b. weiterhin ihren Stiftungszweck auch mittels strategischer Partnerschaften und Kooperationen umsetzen.

Steuerung und Führung

Die Stiftung PWG soll:

- a. nach den städtischen Richtlinien zum Beteiligungsmanagement geführt werden,
- b. eine Anlagestrategie ausarbeiten, verfolgen und regelmässig überprüfen,
- c. Beschaffungen entsprechend dem öffentlichen Beschaffungsrecht durchführen, wo die Voraussetzungen gegeben sind und speziell auch den Aspekt der sozialen und ökologischen Nachhaltigkeit beachten,
- d. die Risikopolitik in der Verantwortung des Stiftungsrats ansiedeln und mittels des städtischen Chancen- und Risikomanagements für ein angemessenes Risk-Management sorgen. Als Bestandteil des Risk-Managements soll auch das interne Kontrollsystem (IKS) der Stadt Zürich betrieben werden,



30 / 30

- e. in ihren Handlungen und in ihrer Kommunikation politisch neutral bleiben. Bei der Kommunikation nach aussen berücksichtigt sie, dass sie eine öffentlich-rechtliche Anstalt der Stadt Zürich ist und folglich auch die Interessen der Stadt Zürich als Trägerin zu vertreten hat.

Controlling und Reporting

Die Stiftung PWG soll:

- a. die Trägerin über die Einhaltung der Vermietungskriterien gemäss Vermietungsreglement informieren.
- b. für ihre Rechnungslegung den Standard des Harmonisierten Rechnungslegungsmodells 2 (HRM 2) für die Kantone und Gemeinden anwenden. Es ist eine jährliche finanztechnische Prüfung gemäss den gesetzlichen Vorgaben durchzuführen,
- c. die einschlägigen rechtlichen Grundlagen wie Statuten, Gemeindegesetz, Gemeindeverordnung und das Handbuch über den Finanzhaushalt der Zürcher Gemeinden einhalten,
- d. die Trägerin jährlich über strategisch relevante Ausrichtungen/Entwicklungen und die damit verbundenen Investitionen informieren,
- e. die Trägerin anlässlich von regelmässigen Führungsgesprächen über die Organisation, den Geschäftsgang und die finanzielle Situation der Stiftung informieren,
- f. die Protokolle mit der Trägerin teilen,
- g. die Trägerin bei signifikanten oder dringlichen Entwicklungen auch ausserhalb regulärer Gespräche und unaufgefordert informieren.

Schlussbestimmungen

Von der vorliegenden Trägerstrategie soll nur in begründeten Fällen und bei entsprechender Notwendigkeit abgewichen werden.

Die Trägerstrategie wird durch die Sachkommission Finanzdepartement des Gemeinderats mindestens einmal pro Legislaturperiode auf Vollständigkeit und Aktualität überprüft.

Die Trägerstrategie ist öffentlich.

Die Geschäftsprüfungskommission des Gemeinderats vertritt die Trägerin als Aufsichtsstelle gegenüber der Stiftung PWG.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat